



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

Oliver Holtemöller, Martin Altemeyer-Bartscher

Kommentar: Auf welche Frage sind zwei Billionen die Antwort? (S. 42)

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Prognose-Update: Binnennachfrage treibt Aufschwung
in Deutschland (S. 43)

Manuel Buchholz, Felix Noth

Im Fokus: Die Entwicklung der Kernkapitalquoten
der deutschen Banken seit der Finanzkrise (S. 44)

Makram El-Shagi, Axel Lindner, Gregor von Schweinitz

Geriet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Euroraum-Ländern
nach Gründung der Währungsunion aus dem Gleichgewicht? (S. 46)

Gerhard Heimpold

Zehn Fragen zur Deutschen Einheit (S. 50)



3/2014

30.06.2014, 20. Jahrgang



Auf welche Frage sind zwei Billionen die Antwort?

Alle Jahre wieder wird berechnet, was wohl die Deutsche Einheit gekostet habe. Zuletzt veröffentlichte die *Welt am Sonntag*, dass knapp zwei Billionen Euro an Fördergeldern von West nach Ost geflossen seien. Die Berechnung dieser Kennzahl ist wenig umstritten, die Größenordnung ist einigermaßen plausibel: Es werden Nettotransfers von West nach Ost zwischen 1991 und 2013 aufsummiert (Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich, Solidarpakt II, Fonds Deutsche Einheit, regionaler Saldo der Sozialversicherungsleistungen usw.).

Aber was bedeutet diese Zahl? Sind zwei Billionen Euro viel oder wenig in Relation zu dem damit Erreichten? Man weiß es nicht. Die bloße Information über die Höhe der Transfers ist ziemlich nutzlos. Wozu soll man die nominale Summe der Transfers in Relation setzen, um sie zu bewerten? Historische Vergleiche? – Kein Präzedenzfall bekannt. Internationale Vergleiche? – Vereinigungen kommen selten vor. Angemessen wäre der Vergleich dieses Zahlungsstroms mit dem, was damit erreicht wurde. Eine derartige Wirkungsanalyse wirft allerdings viele Fragen auf. Wie bewertet man den Nutzen der entsprechenden Ausgaben? Und wer profitiert davon? Von Autobahnen in Ostdeutschland profitieren beispielsweise nicht nur Ostdeutsche, sondern auch der Transit. Von den Investitionen in die Hochschulen gehen ebenfalls nicht nur regionale Wirkungen aus. Auch die regionale Umverteilung über das Sozialsystem kann nicht nur durch die Ost-West-Brille gesehen werden; bei der Rente spielt etwa die unterschiedliche Altersstruktur eine wichtige Rolle.

Die Suggestion, zwei Billionen Euro seien aufgewendet worden, um die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen, ist trügerisch. Die Zahl zwei Billionen ist die Antwort auf eine Frage, die gar nicht sinnvoll formuliert werden kann. Im Zentrum der Diskussion sollte weniger die Frage stehen, wie viel im Rahmen der Deutschen Einheit insgesamt ausgegeben wurde, sondern vielmehr, ob die mit den Ausgaben verknüpften Ziele erreicht wurden, und: Könnten die Ziele mit geringerem finanziellen Aufwand erreicht werden? Doch nicht einmal die Ziele selbst sind gesellschaftlicher Konsens: Lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse in Ost und West überhaupt erreichen? Oder könnten regional unterschiedliche Lebensverhältnisse – nicht nur zwischen Ost und West – letztlich unvermeidlich sein?

Oliver Holtemöller
Leiter der Abteilung Makroökonomik

Martin Altemeyer-Bartscher
Leiter der Forschungsgruppe Finanzföderalismus und institutioneller Wandel

Binnennachfrage treibt Aufschwung in Deutschland*

In Deutschland hat sich im Lauf des vergangenen Jahres ein binnenwirtschaftlich getriebener Aufschwung entwickelt, der gegenwärtig durch verstärkte Investitionstätigkeit zusätzlichen Schub erhält. Die Fremdfinanzierungskosten der Unternehmen sind aufgrund der sehr niedrigen Zinsen vorteilhaft, und die Absatzperspektiven sind gut: Wegen der fortgesetzten Ausweitung der Beschäftigung und recht deutlicher Lohnzuwächse ist damit zu rechnen, dass die privaten Haushalte ihren Konsum im Prognosezeitraum recht kräftig ausweiten werden. Vom außenwirtschaftlichen Umfeld kommen dagegen nur geringe Impulse. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr um 2,0% steigen. Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,5% bis 2,4%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 3,6%.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Dies dürfte sich unter anderem in einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen niederschlagen. Gleichwohl wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo – konjunkturbedingt – leicht verbessern.

Die Risiken für die internationale und auch die deutsche Konjunktur sind vielfältig. Sie reichen von einer möglichen Immobilienkrise in China über nachlassende Konsolidierungsbemühungen einiger Euroraum-Länder bis zu einer Energiekrise, ausgehend von dem russisch-ukrainischen Konflikt oder einem Bürgerkrieg im Irak. Das Hauptrisiko liegt jedoch darin, dass all diese potenziellen Gefahren von den Anlegern an den Kapitalmärkten derzeit offenbar nur schwach eingepreist werden. Sollte die Risikoscheu der Investitionen plötzlich deutlich steigen, wären weltweit erhebliche Finanzmarkt-turbulenzen zu erwarten.

Arbeitskreis Konjunktur des IWH:

Oliver Holtemöller

(Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel,

Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner,

Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer,

Birgit Schultz, Götz Zeddies

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2014 und 2015

	2013	2014	2015
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	0,9	1,5	2,0
Staatskonsum	0,4	1,1	1,3
Anlageinvestitionen	-0,8	5,1	4,3
Ausrüstungen	-2,4	6,5	7,4
Bauten	-0,2	4,4	2,4
sonstige Anlagen	3,0	3,2	4,5
Vorratsinvestitionen ^a	0,2	0,3	0,0
inländische Verwendung	0,7	2,5	2,3
Außenbeitrag ^a	-0,2	-0,3	-0,2
Exporte	0,9	4,9	5,7
Importe	1,5	6,2	6,8
Bruttoinlandsprodukt	0,4	2,0	2,0
<i>nachrichtlich:</i>			
Welthandel	2,8	3,3	5,0
USA	1,9	2,3	3,0
Euroraum	-0,4	1,0	1,4
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,1	0,9	0,5
Tariflöhne je Stunde	2,4	3,1	3,0
Effektivlöhne je Stunde	2,5	2,6	3,2
Lohnstückkosten ^b	1,9	1,5	1,7
Verbraucherpreisindex	1,5	1,3	1,6
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	41 847	42 167	42 424
Arbeitslose ^c	2 950	2 891	2 897
	in %		
Arbeitslosenquote ^d	6,6	6,4	6,4
Arbeitslosenquote BA ^e	6,9	6,7	6,6
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,2	0,3	0,4

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2014: Prognose des IWH (Stand: 18.06.2014).

* Dieser Beitrag gibt die Kurzfassung der IWH-Prognose für Deutschland vom 18. Juni 2014 wieder. Für die Langfassung siehe [Pressemitteilung 16/2014 vom 18. Juni 2014](#).

Im Fokus: Die Entwicklung der Kernkapitalquoten der deutschen Banken seit der Finanzkrise

Manuel Buchholz, Felix Noth

Das Eigenkapital einer Bank dient aus aufsichtsrechtlicher Sicht zwei Zielen: zum einen dem Ausgleich von Verlusten aus laufenden Geschäften oder der Begleichung von Gläubigeransprüchen im Insolvenzfall, zum anderen der Begrenzung von Verlustrisiken aus bestimmten Geschäften. Ein wichtiger Bestandteil des Eigenkapitals ist dabei das Kernkapital. Das Kernkapital ist der Anteil des Eigenkapitals einer Bank, der dem Institut dauerhaft zur Verfügung steht und somit als echter Verlustpuffer dienen kann. Bestandteile sind unter anderem das Stammkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen oder eigene Aktien der Bank.¹ Aus dem Kernkapital ergibt sich eine wichtige aufsichtsrechtliche Kenngröße: die Kernkapitalquote (*Tier 1 Capital Ratio*). Diese berechnet sich als das Verhältnis von Kernkapital zur Summe der Risikoaktiva einer Bank.

Seit der Finanzkrise haben die deutschen Banken ihre Kernkapitalquote im Zeitverlauf deutlich erhöht (vgl. Abbildung). Der Aufwärtstrend setzte sich mit wenigen Ausnahmen bis zum vierten Quartal 2013 fort. Die Deutsche Bank erhöhte ihre Kernkapitalquote im Zeitraum vom ersten Quartal 2007 bis zum vierten Quartal 2013 um 8,2 Prozentpunkte (von 8,7% auf 16,9%) und die Commerzbank um 6,6 Prozentpunkte (von 6,9% auf 13,5%). Neben den beiden großen deutschen privaten Geschäftsbanken (linke Grafik) folgen auch die Landesbanken (rechte Grafik) diesem Trend. Im Mittel liegt ihre Quote bei 6,7% im vierten Quartal 2007 und erhöht sich auf 14,8% im vierten Quartal 2013, was einem Anstieg von 8,1 Prozentpunkten entspricht.² Lediglich am aktuellen Rand (erstes Quartal 2014) weisen die vorliegenden Daten einen

Rückgang der Quoten bei den privaten Geschäftsbanken aus.

Der Anstieg der Kernkapitalquoten wird bei den hier betrachteten Banken sowohl durch Zuwächse beim Kernkapital als auch durch Rückgänge der Risikoaktiva gespeist. Zwischen dem vierten Quartal 2007 und dem vierten Quartal 2013 erhöhte die Commerzbank ihr Kernkapital von 16,7 auf 25,7 Mrd. Euro (+53%) bei einem gleichzeitigen Rückgang der Risikoaktiva von 237,4 auf 190,6 Mrd. Euro (-20%). Das Kernkapital der Deutschen Bank wuchs im gleichen Zeitraum von 28,0 auf 50,7 Mrd. Euro (+81%), während sich die Risikoaktiva von 327,5 auf 300,0 Mrd. Euro reduzierten (-8%). Bei den Landesbanken stieg das Kernkapital im Schnitt um 13% an; zugleich verringerte sich das durchschnittliche Volumen der Risikoaktiva um 49%.

Es ist zu vermuten, dass diese Entwicklung der letzten Jahre unter anderem auf die Anforderungen an die Kernkapitalquoten zurückzuführen ist, die in den EU-weiten Stresstests festgelegt wurden. So hatten nur jene Banken den Stresstest bestanden, die nach Abzug der simulierten Verluste mindestens eine harte Kernkapitalquote von 6% (im Jahr 2010) bzw. 5% (2011) aufweisen konnten.³ Für die getesteten Finanzinstitute war dies abhängig von ihrer Portfoliostruktur nur zu erreichen, wenn sie zuvor einen ausreichend hohen Puffer über den Kapital-Schwellenwerten aufgebaut hatten.

¹ Im Detail sind die Bestandteile der anrechenbaren Eigenmittel in § 10 Kreditwesengesetz (KWG) definiert.

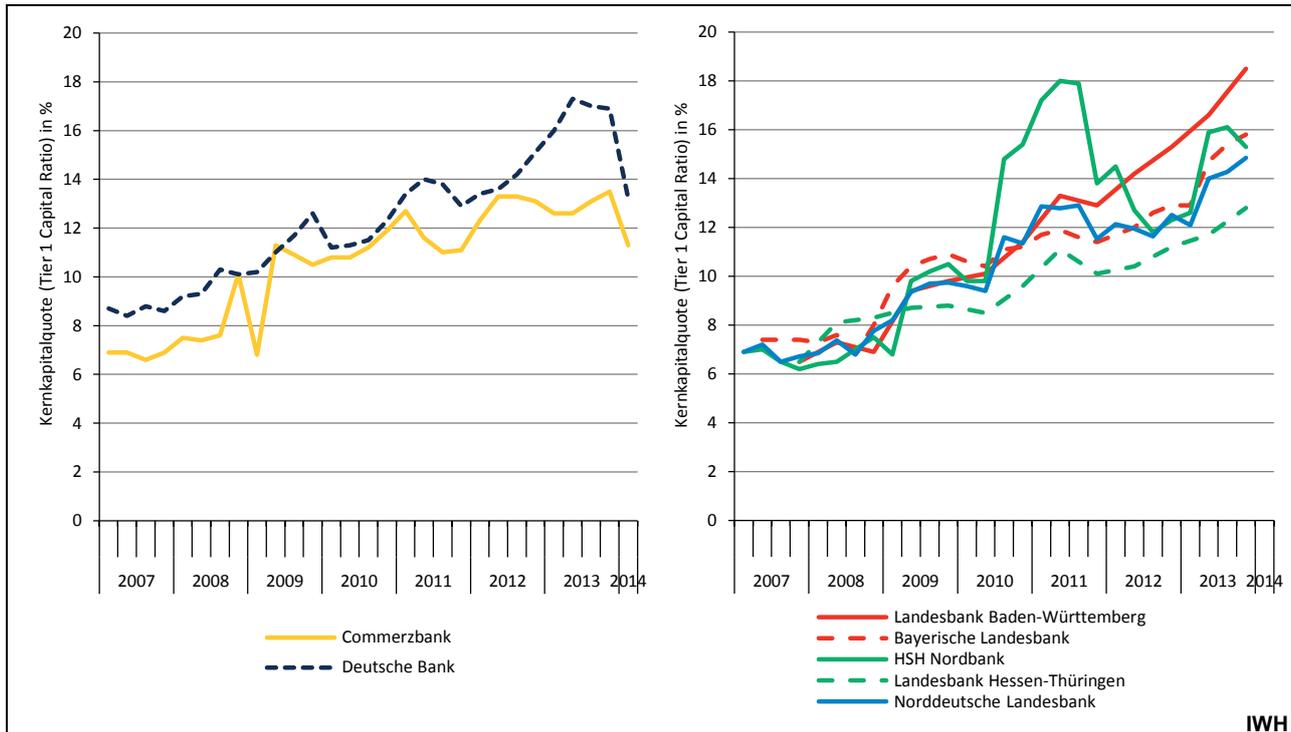
² Im Vergleich stieg das Verhältnis der gesamten Eigenmittel zu den Gesamtaktiva der Banken für den gleichen Zeitraum im Durchschnitt über alle hier dargestellten Banken um 8,9 Prozentpunkte.

³ Das Kernkapital besteht aus „harten“ und „hybriden“ Bestandteilen. Die Bestandteile des harten Kernkapitals werden in § 10 Abs. 2a Satz 1 Nrn. 1 bis 9 KWG genannt und beinhalten im Wesentlichen das eingezahlte Kapital und die Rücklagen einer Bank. Hybride Bestandteile des Kernkapitals können zum Beispiel stille Einlagen, Genussscheine und nachrangige Anleihen sein. Diese Bestandteile werden in § 10 Abs. 2a Satz 1 Nr. 10 i. V. m. § 10 Abs. 4 KWG festgelegt und dürfen maximal 50% des Kernkapitals betragen. Daten zur harten Kernkapitalquote werden nicht von allen Instituten zur Verfügung gestellt. In der Grafik ist deshalb die Quote des gesamten Kernkapitals dargestellt.

Abbildung:

Kernkapitalquoten deutscher Finanzinstitute im Zeitraum 1. Quartal 2007 bis 1. Quartal 2014

- Kernkapital im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva der Bank, in % -



Quelle: Online verfügbare Geschäfts- bzw. Finanzberichte der Finanzinstitute; Darstellung des IWH.

Der bei der Mehrheit der Finanzinstitute zu beobachtende deutliche Anstieg der Kernkapitalquoten in den vergangenen Quartalen ist somit auch plausibel mit der durch die Europäische Zentralbank (EZB) derzeit durchgeführten Prüfung der Asset-Qualität (*Asset Quality Review* – AQR) bei 128 europäischen Banken in Verbindung zu bringen. Hierfür wurden neben großen Teilen der Bankaktiva auch die Kernkapitalquoten zum vierten Quartal 2013 erfasst. Sollte sich aus der AQR ein höheres Risiko der Assets ergeben als von der Bank angegeben, muss die harte Kernkapitalquote gegebenenfalls nach unten korrigiert werden. Die angepassten Kapitalquoten wiederum bilden die Grundlage für den sich anschließenden EU-weiten Stresstest.⁴ Die betroffenen Banken, die also möglicherweise mit einer geschwächten Kapitalbasis in den Stresstest gehen, haben daher einen Anreiz, im Vorfeld einen noch höheren Kapitalpuffer aufzubauen. Dies gilt insbesondere deshalb, da die Deckung der identifizierten Kapitallücken verpflichtend ist.

⁴ Vgl. EZB: *Asset Quality Review: Phase 2 Manual*, März 2014.

Der Rückgang der Kernkapitalquoten im ersten Quartal 2014 bei den beiden privaten Geschäftsbanken⁵ (linke Grafik) bestärkt die These, dass die Erhöhung der Kernkapitalquoten bei Banken zumindest teilweise durch aufsichtsrechtliche Prüfungen induziert ist. Da nicht die aktuellen Zahlen, sondern die des vierten Quartals 2013 in die AQR eingegangen sind und ferner deren Ergebnisse keine bindende Wirkung für die Bilanzierung haben werden, scheint für die Banken aktuell kein Anreiz zu bestehen, die Kernkapitalquoten auf dem hohen Niveau zu belassen.⁶

Manuel.Buchholz@iwh-halle.de

Felix.Noeth@iwh-halle.de

⁵ Für die Landesbanken sind die Daten des ersten Quartals 2014 noch nicht verfügbar.

⁶ “The bank would not be required to restate accounts or apply the AQR assumptions on an on-going basis, i.e., the AQR-adjusted CET1% is not a de-facto alternative accounting standard.” (EZB: *Asset Quality Review: Phase 2 Manual*, März 2014, 257).

Geriet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Euroraum-Ländern nach Gründung der Währungsunion aus dem Gleichgewicht?*

Makram El-Shagi, Axel Lindner, Gregor von Schweinitz

Waren die Peripherieländer im Euroraum am Vorabend der Eurokrise nicht mehr wettbewerbsfähig? Oder war die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den Kernländern wie Deutschland ungewöhnlich hoch? Antworten auf diese Fragen sind nicht einfach. Das gängige Maß für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind die realen effektiven Wechselkurse. Deren Bestimmungsfaktoren waren jedoch kurz vor der Krise selbst möglicherweise nicht im Gleichgewicht und lassen daher kaum Rückschlüsse auf gleichgewichtige Wechselkurse zu. Um dieses Messproblem zu umgehen, wird ein Matching-Ansatz zur Schätzung realer effektiver Wechselkurse verwendet. Dazu wird für jedes Mitgliedsland des Euroraums ein synthetisches Vergleichsland als Kombination mehrerer anderer Länder konstruiert, die den Euro nicht eingeführt haben. Es zeigt sich, dass die Peripherieländer des Euroraums am besten durch eine Mischung von Schwellenländern und entwickelten Volkswirtschaften beschrieben werden, während für ein Matching der Kernländer keine Schwellenländer notwendig sind. Die hier angewendete Methode zeigt, dass die realen effektiven Wechselkurse in den Peripherieländern zwischen Oktober 2007 und September 2008 teilweise deutlich zu hoch waren, während sie in den Kernländern mehr oder weniger nah bei ihrem Gleichgewichtsniveau lagen.

Ansprechpartner: Gregor von Schweinitz (Gregorvon.Schweinitz@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: C22, F41, G14

Schlagwörter: reale effektive Wechselkurse, Euro, synthetisches Matching

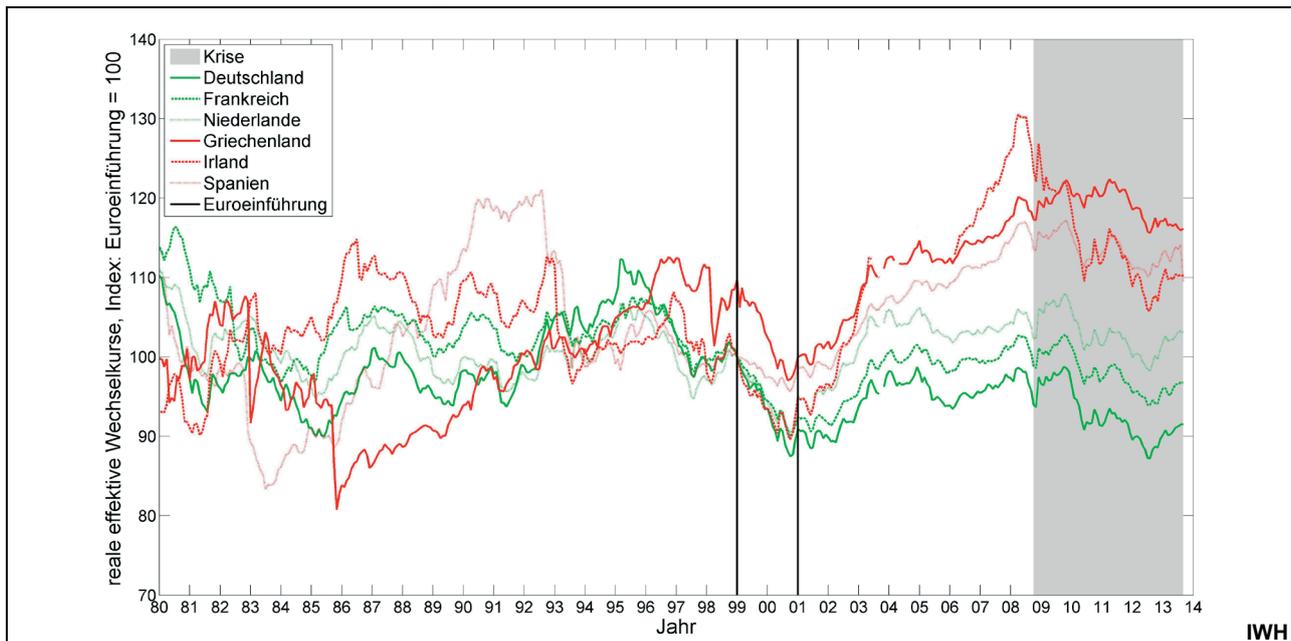
Der Euro als gemeinsame Währung weiter Teile der Europäischen Union schien in den ersten Jahren nach seiner Einführung ein großer Erfolg zu sein: Die Währung war stabil, und die Werte des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner der Euroraum-Länder näherten sich einander an. Allerdings speiste sich die recht günstige wirtschaftliche Entwicklung in den zumeist ärmeren Peripherieländern wesentlich aus Nettokapitalzuflüssen, die zum Teil aus den Kernländern und nicht zuletzt aus Deutschland stammten. Spiegelbild der lange Zeit zunehmenden Kapitalzuflüsse waren steigende Leistungsbilanzdefizite, die mit einem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den Peripherieländern einhergingen. Wie sehr diese relativ zu den Kernländern an Wettbewerbsfähigkeit verloren, zeigt Abbildung 1 anhand der Entwicklung der realen effektiven Wechselkurse (REWK).¹

Nach Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 verebbten die Kapitalzuflüsse, und die Peripherieländer, zu denen wir in diesem Beitrag neben Griechenland, Portugal, Spanien und Irland auch Italien zählen, gerieten in eine tiefe Konjunktur- und Schuldenkrise. Für den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gibt es im Wesentlichen zwei Erklärungen. Einerseits wird argumentiert, dass die Kapitalzuflüsse nicht produktiv investiert wurden, sondern zu einer schuldenfinanzierten Steigerung von Konsum und Wohnungsbauinvestitionen und (infolge dieses Booms) zu über viele Jahre hinweg deutlich steigenden Preisen und Gehältern führten. Die reale Aufwertung verschlechterte die Wettbewerbsfähigkeit und behindert seit Ausbruch der

* Eine ausführlichere Darstellung der Untersuchung findet sich in *El-Shagi, M.; Lindner, A.; Schweinitz, G. von: Real Effective Exchange Rate Misalignment in the Euro Area: A Counterfactual Analysis. IWH-Diskussionspapiere 6/2014. Halle (Saale) 2014.*

¹ Der reale effektive Wechselkurs eignet sich als Indikator der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, weil in ihn neben dem nominalen Wechselkurs gegenüber anderen Ländern (jeweils gewichtet mit dem Anteil des bilateralen Handels am gesamten Außenhandel der betrachteten Volkswirtschaft) auch das relative Preisniveau, etwa auf Grundlage der Verbraucherpreise, eingeht. Der Zeitpunkt, für den der REWK üblicherweise auf 100 normiert wird (in Abbildung 1 das Datum der Euroeinführung), ist allerdings willkürlich.

Abbildung 1:
Reale effektive Wechselkurse in ausgewählten Ländern der Eurozone, 1980 bis 2014



Quelle: IMF, International Financial Statistics; Darstellung des IWH.

Krise die Erholung.² Andererseits legt eine alternative Interpretation den Fokus auf die deutsche Lohnzurückhaltung im Zuge der Agenda 2010. Diese habe zu einer Unterbewertung von Preisen und Löhnen in Deutschland und dadurch zu einer übersteigerten Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den Peripherieländern geführt.³ Je nach Sichtweise sind die vorgeschlagenen Politikimplikationen entweder Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den Peripherieländern oder (zumindest als Flankierung) Lohnsteigerungen und Nachfragestimulierung in Deutschland.

Der vorliegende Beitrag stellt neue Hinweise zur Beantwortung der Frage vor, welche der beiden Interpretationen besser geeignet ist, die Situation im Euroraum beim Ausbruch der globalen Finanzkrise zu beschreiben. Dabei geht es darum, festzustellen, ob die REWK statistisch signifikant von ihren gleichgewichtigen Niveaus abwichen. Als gleichgewichtig gilt der REWK in diesem Zusammen-

hang dann, wenn er mit einer mittelfristig stabilen wirtschaftlichen Entwicklung kompatibel ist. Man könnte versuchen, einen solchen gleichgewichtigen Wechselkurs in Abhängigkeit von wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren statistisch zu schätzen. Zwischen der Einführung des Euro im Jahr 1999 und dem Ausbruch der globalen Finanzkrise im September 2008 gerieten jedoch möglicherweise nicht nur reale effektive Wechselkurse in ein Ungleichgewicht, sondern auch die genannten Indikatoren zu ihrer Bestimmung – eine zuverlässige Schätzung des gleichgewichtigen REWK ist dann nicht mehr möglich.⁴ Einen Ausweg aus diesem Messproblem bieten synthetische kontrafaktische Szenarien. Diese Methode untersucht, wie sich der REWK eines heutigen Eurolandes wohl entwickelt hätte, wenn es den Euro nicht eingeführt hätte, bei sonst vergleichbarer makroökonomischer und institutioneller Entwicklung. Für jedes Euroland wird nun ein synthetisches Vergleichsland konstruiert, das sich möglichst nur durch die fehlende Existenz

² Vgl. *Sinn, H.-W.*: Austerity, Growth and Inflation: Remarks on the Eurozone's Unresolved Competitiveness Problem, in: *The World Economy*, Vol. 37 (1), 2014, 1-13.

³ Vgl. *De Grauwe, P.*: The Fragility of the Eurozone's Institutions, in: *Open Economies Review*, Vol. 21 (1), 2010, 167-174. – IMF: Global Prospects and Policy Challenges. *IMF Staff Paper* in Vorbereitung auf das Treffen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 in Mexiko-Stadt am 04. und 05.11.2012.

⁴ Zu Ungleichgewichten im Euroraum siehe auch *Knedlik, T.*; *Schweinitz, G. von*: Macroeconomic Imbalances as Indicators for Debt Crises in Europe, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 50 (5), 2012, 726-745. Zur Schätzung fundamental gerechtfertigter REWK siehe u. a. *Holtmöller, O.*; *Mallik, S.*: Exchange Rate Regime, Real Misalignment and Currency Crises, in: *Economic Modelling*, Vol. 34, 2013, 5-14.

des Euro vom Untersuchungsland unterscheidet. Die synthetischen Länder ergeben sich als gewichtetes Mittel aus einem Pool von 23 Staaten, bestehend aus elf Entwicklungsländern und zwölf entwickelten Volkswirtschaften,⁵ die alle nicht Mitglieder der Währungsunion sind. Die Gewichte werden derart gewählt, dass das resultierende synthetische Vergleichsland zwei Dinge mit dem Untersuchungsland gemeinsam hat: Erstens wird eine vergleichbare Entwicklung von 25 makroökonomischen, strukturellen und politischen Indikatoren angestrebt, die die mittelfristige Entwicklung der realen effektiven Wechselkurse beeinflussen könnten. Hierzu gehören unter anderem das BIP je Einwohner, die Bedeutung einzelner Wirtschaftssektoren und die Qualität von politischen Institutionen. Die Verwendung dieser Indikatoren bei der Bestimmung der Ländergewichte führt dazu, dass das synthetische Vergleichsland mit dem Untersuchungsland bezogen auf die betrachteten 25 Indikatoren recht gut übereinstimmt. Zweitens wird sichergestellt, dass die Entwicklung des REWK zwischen 1980 und der Einführung des Euro (Januar 1999 in den Gründungsländern, Januar 2001 in Griechenland) durch das synthetische Vergleichsland so gut wie möglich repliziert wird.⁶

Euroländer unter dem Rettungsschirm waren am Vorabend der weltweiten Finanzkrise deutlich überbewertet

Die Entwicklung der realen effektiven Wechselkurse der synthetischen Vergleichsländer kann nun mit den tatsächlichen REWK-Verläufen verglichen werden. Abbildung 2 zeigt die durchschnittliche prozentuale Unter- oder Überbewertung der tatsächlichen realen effektiven Wechselkurse im Jahr vor dem Zusammenbruch der Lehmann-Bank im Herbst 2008, also am Vorabend der weltweiten

⁵ Die Aufteilung folgt der Klassifizierung der Volkswirtschaften aus dem World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds.

⁶ Synthetisches Matching wird beschrieben in *Abadie, A.; Gardeazabal, J.*: The Economic Cost of Conflict: A Case Study of the Basque Country, in: *American Economic Review*, Vol. 93 (1), 2003, 113-132. Großes Medienecho erlangte kürzlich eine Studie unter Verwendung dieser Methode von *Campos, N. F.; Coricelli, F.; Moretti, L.*: Economic Growth and Political Integration: Estimating the Benefits from Membership in the European Union Using the Synthetic Counterfactual Method, in: *CEPR Working Paper 9968*, Mai 2014.

Finanzkrise. Dies ist der Zeitraum, in dem die Unsicherheit an den Finanzmärkten aufgrund der steigenden Ausfälle von Subprime-Krediten in den USA bereits sehr groß war und eine Anpassung von Ungleichgewichten dringend notwendig gewesen wäre, um das Risiko eines plötzlichen Ausbleibens der Kapitalzuflüsse zu begrenzen.⁷ Es zeigt sich, dass die untersuchten Länder drei Gruppen zugewiesen werden können:

1. Unter- oder fair bewertete Länder. Hierzu gehören Finnland mit einer Unterbewertung von ungefähr 15%, sowie die Kernländer Belgien, Deutschland, Österreich und die Niederlande.
2. Länder mit einer leichten Überbewertung zwischen 4% und 7,5%. Dies sind Frankreich, Italien und Spanien. Die beiden letztgenannten Länder wurden von der Schulden- und Vertrauenskrise getroffen, mussten aber keine Hilfskredite zur Rettung der Staatsfinanzen aufnehmen.
3. Stark überbewertete Länder (Griechenland, Irland und Portugal) mit einer Überbewertung von mehr als 20%. Diese Gruppe entspricht genau den Ländern, die voll von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise getroffen wurden und zwei bis drei Jahre später Hilfsmittel vom Internationalen Währungsfonds und von den europäischen Partnerländern erhielten. Bei diesen Ländern sind die Überbewertungen statistisch hochgradig signifikant.

Im Großen und Ganzen bestätigen diese Resultate andere Schätzungen, die etwa aus der Annahme gleichgewichtiger Wechselkurse zur Zeit der Einführung des Euro oder in Abhängigkeit von anderen Fundamentaldaten gewonnen werden können.⁸

Peripherieländer zeigen Ähnlichkeiten mit Schwellenländern

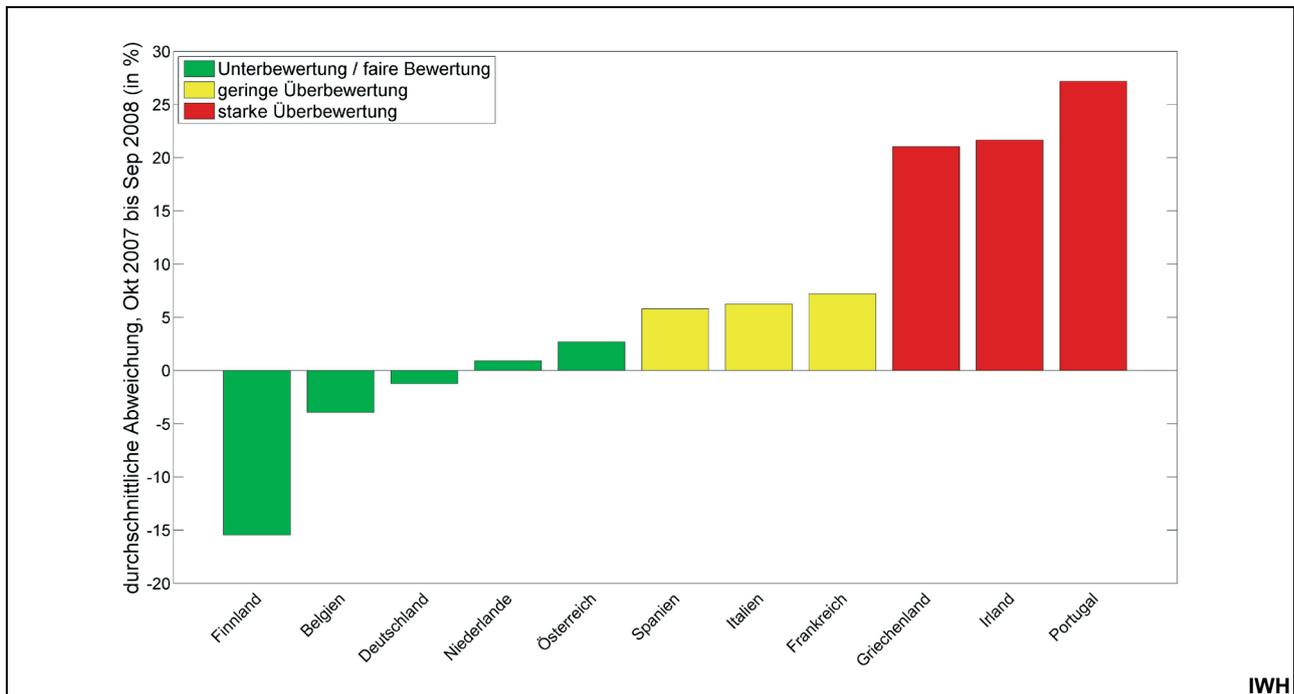
Doch nicht nur die beobachtete Unter- und Überbewertung der jeweiligen Länder ist aufschlussreich, sondern auch die Zusammensetzung der syn-

⁷ Vgl. *Calvo, G. A.; Izquierdo, A.; Talvi, E.*: Sudden Stops, the Real Exchange Rate, and Fiscal Sustainability: Argentina's Lessons, in: *NBER Working Paper 9828*, July 2003.

⁸ Vgl. *Coudert, V.; Couharde, C.; Mignon, V.*: On Currency Misalignments within the Euro Area, in: *Review of International Economics*, Vol. 21 (1), 2013, 35-48. – *Jeong, S.-E.; Mazier, J.; Saadaoui, J.*: Exchange Rate Misalignments at World and European Levels: a FEER Approach, in: *International Economics*, Vol. 121, January 2010, 25-57.

Abbildung 2:

Abweichung der realen effektiven Wechselkurse in den Euroländern gegenüber den realen effektiven Wechselkursen in ihrem synthetischen Vergleichsland



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

thetischen Vergleichsländer. Alle Kernländer lassen sich als Mischung von entwickelten Volkswirtschaften replizieren, während zur Reproduktion jedes Peripherielandes mindestens ein Entwicklungsland notwendig ist. So setzt sich etwa das synthetische Vergleichsland der Niederlande aus Dänemark, den USA, Neuseeland und Singapur zusammen, während für das Vergleichsland von Griechenland Eigenschaften von Israel und Brasilien gemischt werden.

Fehlbewertungen werden nur in Peripherieländern gefunden

Die Zusammensetzung der synthetischen Vergleichsländer legt folgende ökonomische Interpretation unserer Ergebnisse nahe: An den Kapitalmärkten wurde nach Einführung des Euro verbreitet angenommen, dass sich die Peripherieländer zügig an die wirtschaftlich fortgeschrittenen Kernländer annähern würden. Steigende reale effektive Wechselkurse wurden aufgrund des Balassa-Samuelson-Effekts nicht als Problem,⁹ sondern als Manifestation die-

ser Entwicklung gesehen. Tatsächlich ist der Prozess der strukturellen Konvergenz im Euroraum nach unseren Schätzungen aber kaum vorangekommen. Entsprechend rechtfertigt der Balassa-Samuelson-Effekt keine deutliche Steigerung der REWK in den Peripherieländern. Sie waren vielmehr während eines langen Zeitraums nach der Einführung des Euro systematisch überbewertet und müssen nun entsprechend tiefgreifende Anpassungsprozesse durchlaufen. Dem gegenüber finden sich keine Indizien für eine Unterbewertung der Kernländer.

ein in etwa einheitliches Preisniveau für handelbare Güter besteht, zum anderen, dass aufholende Volkswirtschaften Produktivitätsgewinne vor allem bei der Produktion handelbarer Güter erzielen. Dies führt dann zu höheren Löhnen und Kapitalpreisen nicht nur in den Sektoren, die handelbare Güter herstellen, sondern – aufgrund des Wettbewerbs auf den Faktormärkten – auch dort, wo nicht handelbare Güter produziert werden. Das treibt das Preisniveau dieser Güter und damit auch das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, sodass die aufholenden Volkswirtschaften gegenüber den fortgeschrittenen Volkswirtschaften real aufwerten. Es ist auch empirisch gut belegt, dass Entwicklungsstand und gesamtwirtschaftliches Preisniveau positiv miteinander korreliert sind.

Zehn Fragen zur Deutschen Einheit

Gerhard Heimpold

Internationale Medien haben ein anhaltend großes Interesse an den wirtschaftlichen Entwicklungen nach der Herstellung der Einheit Deutschlands. Dies gilt in spezieller Weise für Südkorea, das die Erfahrung eines geteilten Landes mit Deutschland gemeinsam hat. Dort wird der 25. Jahrestag des Mauerfalls zum Anlass genommen, über die deutsche Entwicklung zu berichten und wenn möglich für die Zukunft des eigenen Landes Lehren zu ziehen. Am 20. März 2014 wurde Dr. Gerhard Heimpold, kommissarischer Leiter der Abteilung Strukturökonomik des IWH, von einem Team des Fernsehsenders „Korean Broadcasting Systems“ (KBS), einem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in der Republik Korea, zur Deutschen Einheit sowie zum wirtschaftlichen Aufholprozess der Neuen Länder und speziell Sachsen-Anhalts interviewt. Eine Schriftfassung dieses Gesprächs wird nachfolgend wiedergegeben.*

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold

JEL-Klassifikation: P20, O25

Schlagwörter: Ostdeutschland, Transformation, Strukturwandel, Regionalpolitik

1. Wie hoch schätzte man die Kosten vor der Deutschen Einheit? Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten der Vereinigung ausgefallen, das heißt, in welcher Höhe sind insgesamt Transferleistungen aus dem Westen in den Osten geflossen? Wie hoch ist schätzungsweise der weitere finanzielle Bedarf für die Neuen Bundesländer?

Die Kosten der Einheit Deutschlands vorab zu schätzen, war kaum möglich. Die DDR-Führung ließ ein Bild über die DDR-Wirtschaft verbreiten, das schöngefärbt war. In der Retrospektive hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die Nettokosten ermittelt, die sich aus der Herstellung der Einheit Deutschlands ergaben. Die Daten dieser Studie, die die Jahre 1991 bis 2005 umfasst, ergeben ein Nettovolumen von einer Billion Euro in diesem Zeitraum.¹ Künftig werden die Mittelflüsse aus den Europäischen Strukturfonds geringer, und die Solidarpakthilfen des Bundes werden auslaufen. Daher besteht die Notwendigkeit, die Mittel

künftig noch stärker auf die wirtschaftlich vielversprechendsten Projekte zu konzentrieren.

2. Gibt es seitens der Bundesregierung Angaben zur wirtschaftlichen Effektivität der Transferleistungen? Wenn nicht, warum nicht?

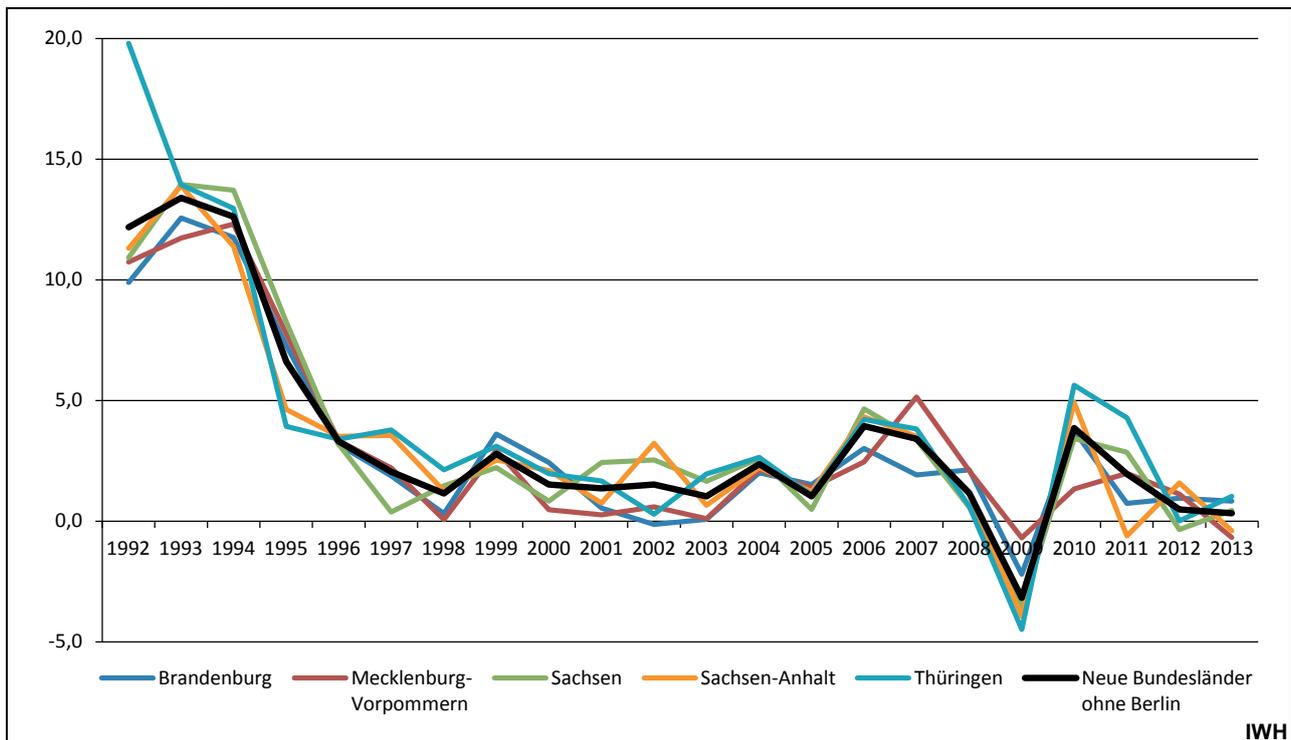
In Deutschland werden wirtschaftspolitische Programme üblicherweise von unabhängigen Forschungseinrichtungen evaluiert. Eines der wichtigsten Wirtschaftsförderprogramme war und ist ein regionalpolitisches Programm: die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Es gewährt Investitionszuschüsse für Unternehmen und für Kommunen. In zahlreichen Studien, darunter auch aus dem IWH,² wurde dieser Förderung eine positive Anstoßwirkung attestiert. Mit anderen Worten: Ohne diese Zuschüsse wären die Investitionen in sehr vielen Fällen gar nicht, nicht im gegebenen Umfang oder erst später getätigt worden. Allerdings waren auch Mitnahmeeffekte nicht auszuschließen.

* Ausschnitte des Interviews wurden in einem Fernsehbeitrag des Senders KBS in koreanischer Sprache veröffentlicht, der auch online abrufbar ist, vgl. http://news.kbs.co.kr/news/NewsView.do?SEARCH_NEWS_CODE=2835096&.

¹ Berechnet auf der Grundlage der Daten in Blum, U. et al.: Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder. IWH-Sonderheft 4/2009, Halle (Saale) 2009, 104.

² Vgl. zuletzt IWH: Evaluation der Fördermaßnahme Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Infra). Gutachten im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen. IWH Online 2/2012. Halle (Saale) 2012.

Abbildung 1:
 Jährliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner
 - in %, preisbereinigt, verkettet -



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2014; Darstellung des IWH.

3. Es gibt Ansichten, die die allzu schnelle Vereinigung verantwortlich machen für die Höhe der Kosten der Deutschen Einheit.

Aus meiner Sicht war das Gegenteil der Fall. Ein langsames Vorgehen hätte bedeutet, die ineffizienten früheren Kombinatstrukturen über längere Zeit am Leben zu halten. Dies hätte die öffentlichen Haushalte angesichts der hohen Verluste, die die ehemaligen Kombinate nach dem Übergang in die Marktwirtschaft machten, finanziell überfordert.

4. Wie beurteilen Sie die Entscheidung für einen Umtauschkurs von eins zu eins zwischen Ostmark und Westmark?

Die Entscheidung für einen Umtauschkurs von eins zu eins für Guthaben bis zu einer Höhe von 4 000 Mark für Erwachsene und 2 000 Mark für Kinder und für laufende Zahlungen, etwa Löhne, war damals politisch motiviert. Es sollten soziale Spannungen und eine Massenabwanderung in den Westen Deutschlands vermieden werden. Für den ostdeut-

schen Unternehmenssektor bedeuteten die geltenden Umtauschverhältnisse faktisch eine Währungsaufwertung. Sie beeinträchtigten die Wettbewerbsfähigkeit. Aber es war keinesfalls der Umtauschkurs allein, der eine massive Deindustrialisierung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auslöste. Es war ein ganzes Faktorenbündel, das die ostdeutschen Betriebe in Schwierigkeiten brachte: das Wegbrechen der Märkte in den Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem damaligen wirtschaftlichen Bündnis der sozialistischen Staaten, der rasche Lohnanstieg, der angesichts einer geringen Produktivität die Betriebe überforderte, und der weithin verschlissene, obsoletere Sachkapitalstock, der ein Erbe der langjährigen Vernachlässigung von Investitionen in der DDR war.

5. Wie ist der Stand der Angleichung zwischen Ost und West? Wie würden Sie ihn bewerten?

Einerseits zeigt sich ein deutlicher Fortschritt, andererseits bestehen unverändert einige Defizite. Ein Fortschritt zeigt sich in Ostdeutschland (ohne Berlin) beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner,

das ursprünglich 67% unter dem westdeutschen Niveau lag; heute beträgt die Lücke noch 33%. Der Kapitalstock im Unternehmenssektor und in der Infrastruktur wurde modernisiert. Die Umweltsituation hat sich spürbar verbessert. Die Neuen Länder verfügen über einen gut ausgebauten öffentlichen Forschungs- und Bildungssektor. Andererseits erweisen sich einige strukturelle Probleme als sehr hartnäckig: die geringe Unternehmensgröße, schwache Aktivitäten in Forschung und Entwicklung (FuE) der privaten Unternehmen, das Fehlen von Konzernzentralen und siedlungsstrukturelle Besonderheiten.

6. Ist der Angleichungsprozess in den einzelnen Neuen Bundesländern unterschiedlich verlaufen? Bitte erläutern Sie ggf. diese Unterschiede und die Gründe dafür.

Bei den Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den einzelnen ostdeutschen Ländern (vgl. Abbildung 1). Dies weist darauf hin, dass alle Flächenländer in Ostdeutschland ähnliche Schwachpunkte in den gerade genannten Bereichen aufweisen. Überall dominieren kleine Unternehmen, während große Firmen mit eigenen Forschungsabteilungen fehlen; die Folgen sind eine geringere Exportintensität und Produktivität. Auch städtische Ballungen sind nicht so ausgeprägt wie ihre westdeutschen Pendanten.

7. Sachsen-Anhalt hat unseres Wissens im Vergleich zu anderen Neuen Bundesländern mehr Schulden, eine höhere Arbeitslosigkeit, einen höheren Bevölkerungsrückgang und ein niedrigeres Wirtschaftswachstum. Worin liegen die Ursachen hierfür?

Sachsen-Anhalt war im Vergleich zu anderen Regionen in Ostdeutschland mit einer besonders ungünstigen wirtschaftlichen Ausgangssituation konfrontiert. Dieses Land wies eine Konzentration auf Branchen mit hohem Restrukturierungsbedarf auf – andere ostdeutsche Länder verfügten dagegen über stärker diversifizierte Strukturen. So waren in Sachsen-Anhalt große Kombinate der Chemischen Industrie, des Schwermaschinenbaus und der Nichteisen-Metallurgie angesiedelt, deren Kapital-

stock verschlissen war. Luft, Boden und Wasser wiesen extreme Verschmutzungen auf. Auch der Braunkohlebergbau, der ebenfalls die Umwelt stark beeinträchtigte, spielte eine große Rolle. Die Nichteisen-Metallurgie, insbesondere der Kupferbergbau, erwies sich unter Weltmarktbedingungen als ineffizient. Und der Schwermaschinenbau verlor seine angestammten Märkte in Osteuropa, insbesondere in der Sowjetunion. Im Gefolge kam es zu enormen Arbeitsplatzverlusten. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze reichten nicht aus, um die verlorengegangenen zu kompensieren. Was übrigens die Arbeitslosenquote betrifft, weist Sachsen-Anhalt seit einigen Jahren nicht mehr den ungünstigsten Wert unter den ostdeutschen Flächenländern auf.

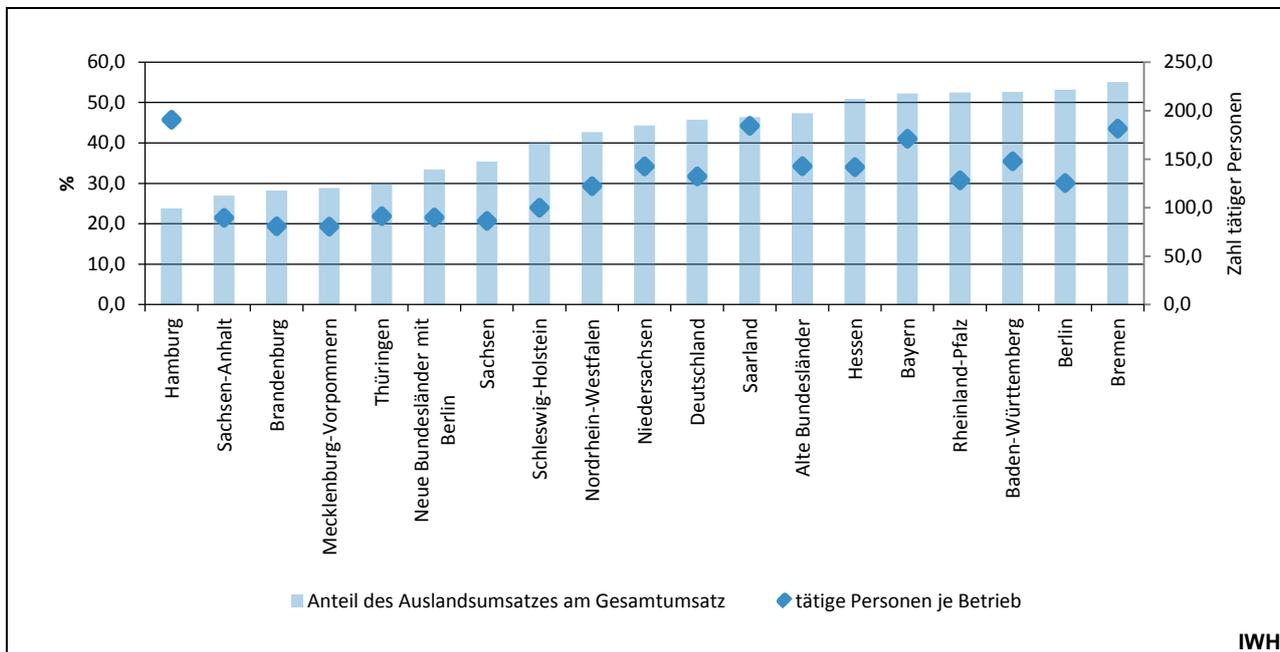
8. Wir haben gehört, dass die „Politik der Leuchttürme“ in Sachsen erfolgreich war. Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren – unmittelbar nach der Wiedervereinigung – in Sachsen-Anhalt erfolgreich und welche nicht?

Für die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt und auch in den anderen Neuen Ländern nach der Herstellung der Einheit Deutschlands waren vier Politikbereiche von besonderer Bedeutung: erstens die Umstrukturierung des Unternehmenssektors durch Privatisierung, Attrahierung externer Investoren und Existenzgründungen; zweitens die Modernisierung des Kapitalstocks in privatisierten Unternehmen und in der wirtschaftsnahen Infrastruktur, mit positiven Folgen für die Produktivität und die Umwelt; drittens der Ausbau der öffentlichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese Modernisierungsmaßnahmen gingen mit einem vierten Politikstrang einher, nämlich massiven Sozialtransfers, um Spannungen in diesem Bereich entgegenzuwirken. Unter den Infrastrukturmaßnahmen sind in Sachsen-Anhalt die so genannten Chemieparke hervorzuheben. Deren branchenspezifische Infrastruktur hat Sachsen-Anhalt als Chemiestandort gestärkt. Effektivitätsmängel gab es allerdings auch, etwa durch Überschätzung der Bedarfe an wirtschaftsnaher Infrastruktur in peripheren Räumen und Kleinstädten in den frühen Aufbaujahren. Damals wurden in den genannten Regionen teilweise Gewerbegebiete geschaffen, ohne dass es hinreichende Nachfrage durch Unternehmen gab.

Abbildung 2:

Anteil der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen und durchschnittliche Zahl der tätigen Personen je Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden; nach Bundesländern im Jahr 2013

- Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen, Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008 -



Quelle: Statistisches Bundesamt: Jahresbericht für Betriebe 2013 – Arbeitsunterlage. Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr tätigen Personen. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden 2014, Zugriff am 12.05.2014; Darstellung des IWH.

9. Was ist vorrangig nötig, um Sachsen-Anhalt weiter an das Niveau der Alten Bundesländer anzugleichen? Müssen möglicherweise die Transferleistungen über das gegenwärtige Niveau hinaus erhöht werden? Wenn ja, um wie viel und in welchen Bereichen?

Um ein weiteres Aufholen Sachsens-Anhalts zu erreichen, bedarf es eines weiteren Strukturwandels. Dies erfordert, günstige Bedingungen für das weitere Unternehmenswachstum zu gewährleisten. Denn den gordischen Knoten der wirtschaftlichen Entwicklung bildet die geringe Unternehmensgröße. Sie war und ist eine wichtige Ursache geringerer Export- und FuE-Intensität sowie geringerer Produktivität im Vergleich zu Westdeutschland (speziell zur Betriebsgröße und Exportintensität in der Industrie vgl. Abbildung 2). Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist in erster Linie eine Herausforderung für die Unternehmen selbst. Die öffentliche Hand sollte sich auf die Bereitstellung von Infrastrukturen und das Setzen günstiger Bedingungen für unternehmerische Investitionen so-

wie FuE in kleinen und mittleren Unternehmen konzentrieren. Dies sind Anforderungen, die in allen Neuen Ländern gelten.

10. Die Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner weist in den einzelnen Neuen Bundesländern keine gravierenden Unterschiede auf. Im Jahr 2012 bewegte es sich zwischen 22 000 und 23 000 Euro (ohne Berlin). Die wirtschaftliche Entwicklung und deren Geschwindigkeit waren in den Neuen Bundesländern jedoch unterschiedlich, so haben wir jedenfalls erfahren. Wie ist es zu erklären, dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner dennoch einen annähernd gleichen Stand aufweist?

Die Unterschiede beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sind tatsächlich, ähnlich wie die Veränderungsraten, beim Vergleich der einzelnen ostdeutschen Länder vergleichsweise gering (vgl. Abbildung 1). Dies weist darauf hin, dass alle ostdeutschen Länder vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

Fiscal Equalization, Tax Salience, and Tax Competition

Im Rahmen eines interregionalen Steuerwettbewerbs versuchen Gebietskörperschaften den Wettbewerbsdruck zu dämpfen, indem sie besonders hervorstechende Steuerinstrumente durch weniger auffällige Instrumente ersetzen. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Sichtbarkeit von Steuerinstrumenten für den Steuerzahler untersucht das Papier den Einfluss des Zusammenspiels von interregionalen Finanzausgleichstransfers und Steuerwettbewerb auf die dezentrale Steuerpolitik eines föderalen Systems. Insbesondere betrachten wir einen Modellrahmen, in dem der Steuerzahler bei der Standortwahl dem örtlichen Steuersatz eine höhere Aufmerksamkeit widmet als der Prüffintensität der örtlichen Steuerverwaltung. Es wird untersucht, inwiefern das Bestreben der Gebietskörperschaften, den vom Steuerzahler wahrgenommenen Steuer-Preis zu verringern, zu einer stärkeren Ausbeutung der örtlichen Steuerbasis führen kann. Es stellt sich heraus, dass eine angemessene Verteilung der Steuerkompetenzen im föderalen Gefüge die wesentlichen Fehlanreize eines interregionalen Finanzausgleichs fast gänzlich verhindern kann, falls die oben erwähnten verhaltensökonomischen Aspekte in der lokalen Steuerpolitik eine Rolle spielen.

Martin Altemeyer-Bartscher: Fiscal Equalization, Tax Salience, and Tax Competition. IWH-Diskussionspapiere Nr. 3/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/3-14.pdf>.

Outperforming IMF Forecasts by the Use of Leading Indicators

Das Papier untersucht die Prognosegüte des „World Economic Outlook“ des Internationalen Währungsfonds zur Entwicklung der Produktion für die Weltwirtschaft insgesamt sowie für die Länderaggregate der wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder, der Schwellenländer und der Entwicklungsländer. Mit einem Fokus auf der Prognose für das laufende und das folgende Jahr wird untersucht, ob die IWF-Prognosen durch die Nutzung monatlich aktualisierter Frühindikatoren verbessert werden können. Die Analyse bedient sich hierzu eines Echtzeit-Datensatzes für das Bruttoinlandsprodukt und für ausgewählte Frühindikatoren. Es zeigt sich, dass einige Einzelindikator-Prognosen auf der Basis von Daten, die in höherer Frequenz verfügbar sind, den IWF-Vorhersagen signifikant überlegen sind, sofern die Publikation des „World Economic Outlook“ erst wenige Monate zurückliegt.

Katja Drechsel, Sebastian Giesen, Axel Lindner: Outperforming IMF Forecasts by the Use of Leading Indicators. IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/4-14.pdf>.

On the Stability of Preferences: Repercussions of Entrepreneurship on Risk Attitudes

Eine Reihe empirischer Studien zeigt, dass Unternehmer risikobereiter als abhängig Beschäftigte sind. Dabei wird mehrheitlich von der Annahme stabiler Präferenzen ausgegangen. In diesem Papier wird nachgewiesen, dass beispielsweise der Übergang von einem Angestelltenverhältnis hin zur Selbstständigkeit die Risikopräferenz der Personen beeinflusst: Der Gründungsprozess an sich führt zu einem Anstieg der Risikobereitschaft. Dieser Anstieg ist quantitativ erheblich und statistisch signifikant, selbst wenn der Einfluss persönlicher Charakteristika, unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse und die Dauer der Selbstständigkeit berücksichtigt werden. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass Entrepreneurship-Studien, die von über die Zeit stabilen Risikopräferenzen ausgehen, unter dem Problem umgekehrter Kausalität leiden. Denn Risikoeinstellungen bleiben über die Zeit nicht stabil; die persönliche Risikopräferenz ändert sich vielmehr endogen.

Matthias Brachert, Walter Hyll: On the Stability of Preferences: Repercussions of Entrepreneurship on Risk Attitudes. IWH-Diskussionspapiere Nr. 5/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/5-14.pdf>.

Veranstaltungen

4. Juli 2014 in Halle (Saale): 13. Lange Nacht der Wissenschaften

Vortrag 19:15 Uhr: Knoten im Netz – Die Bedeutung von kooperativer Forschung und Entwicklung

Innovationen sind oft das Resultat eines interaktiven Prozesses, bei dem Unternehmen mit Forschungseinrichtungen, aber auch mit ihren Kunden und Lieferanten im Bereich Forschung und Entwicklung kooperieren. Dabei stellt sich die Frage, wie diese einzelnen Akteure untereinander verflochten und vernetzt sind, um Innovationen hervorzubringen und damit den technischen Fortschritt zu beschleunigen.

Referent: *Gunnar Pippel*

Vortrag 20:00 Uhr: Was bedeutet und weshalb benötigt man Finanzkompetenz?

Das Thema Finanzkompetenz, d. h. finanzielle Allgemeinbildung, wird seit einiger Zeit international immer präsenter in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Der Vortrag widmet sich schwerpunktmäßig empirischen Untersuchungen zu Finanzkompetenz und führt anhand einer (anonymen) Befragung der Zuhörer selbst eine kleine Analyse durch, deren Ergebnisse am Ende des Vortrags präsentiert werden.

Referentin: *Maïke Irrek*

Vortrag 21:00 Uhr: Die Zukunft der europäischen Finanzmärkte – Rückkehr zur Integration oder anhaltende Fragmentierung?

Mit der globalen Finanzkrise von 2007 bis 2009 ging für die europäischen Finanzmärkte eine Phase der schnell voranschreitenden Integration zu Ende. Dieser Vortrag möchte Ursache und Wirkung der seither zu beobachtenden Fragmentierung der Finanzmärkte beleuchten. Außerdem soll in diesem Zusammenhang die Rolle aktueller Politik- bzw. Regulierungsmaßnahmen diskutiert werden.

Referent: *Manuel Buchholz*

1. und 2. Dezember 2014 in Halle (Saale): 15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“

The Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Centre Interuniversitaire de Recherche en Economie Quantitative (CIREQ) are organizing the 15th Macroeconometric Workshop to be held in Halle (Saale) on December 1-2, 2014.

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. We invite applied and theoretical papers dealing with panel data, time series and business cycles, international macroeconomics and finance. Papers that explicitly cover aspects of identification and causality are particularly welcome. Each conference day is opened by a keynote speaker, followed by contributed papers.

Keynote speakers:

Sophocles Mavroeidis (University of Oxford)

Abderrahim Taamouti (Universidad Carlos III de Madrid)

11. und 12. Dezember 2014 in Halle (Saale): 5th Halle Forum on Urban Economic Growth

The Halle Forum on Urban Economic Growth, established in 2006, has the aim to bring together original economic and interdisciplinary papers that cast some light on new developments in theoretical and empirical research on economic growth and development in urban environments. The Forum should also give PhD students an opportunity for presenting and discussing their research results.

Keynote speakers:

Enid Slack (Munk School of Global Affairs, University of Toronto)

Charlie Karlsson (Jönköping International Business School, University of Jönköping)

Die Veranstaltungsprogramme finden Sie unter: www.iwh-halle.de – [Veranstaltungen](#).

Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (2), 2014

Martin Altemeyer-Bartscher
Kommentar: Föderalismusreform – eine historische Chance

Gerhard Heimpold
Aktuelle Trends: Einkommen und Produktivität:
Ostdeutschland holt kaum noch auf – größere regionale Unterschiede im Westen

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose
Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik

Oliver Holtemöller
Glaskugel Prognose – Warum werden ökonomische Prognosen nicht besser?

Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz
4. IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: „A New Fiscal Capacity for the EU?“

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im ersten Quartal 2014:
Klima am Bau deutlich aufgehellt

Cornelia Lang
IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2014:
Flourierende Geschäfte

Externe Publikationen

Dettmann, Eva; Dominguez Lacasa, Iciar; Günther, J.; Jindra, Björn
Determinants of Foreign Technological Activity in German Regions – A Count Model Analysis of Transnational Patents, in: Foresight-Russia, Vol. 8 (1), 2014, 34-51.

Holtemöller, Oliver; Linder, Axel
Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2014, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 94 (5), 2014, 352-355.

Knedlik, Tobias
The Impact of Preferences on Early Warning Systems – The Case of the European Commission's Scoreboard, in: European Journal of Political Economy, Vol. 34, 2014, 157-166.

IWH-Diskussionspapiere

Brachert, Matthias; Hyll, Walter
On the Stability of Preferences: Repercussions of Entrepreneurship on Risk Attitudes
Nr. 5/2014, April 2014.

El-Shagi, Makram; Lindner, Axel; Schweinitz, Gregor von
Real Effective Exchange Rate Misalignment in the Euro Area: A Counterfactual Analysis
Nr. 6/2014, Mai 2014.

Ehrenfeld, Wilfried; Kropfhäuser, Frieder
Plant-based Bioeconomy in Central Germany – Mapping of Actors, Industries and Places
Nr. 7/2014, Mai 2014.

Buch, Claudia M.; Holtemöller, Oliver
Do We Need New Modelling Approaches in Macroeconomics?
Nr. 8/2014, Mai 2014.

Impressum

Herausgeber:
Dr. Gerhard Heimpold
Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Dr. Herbert S. Buscher
Dr. Hubert Gabrisch
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 738/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:
6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:
Einzelheft: 4,50 Euro
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:
Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 20. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Juni 2014

ISSN 0947-3211 (Print)
ISSN 2194-2129 (Online)